

## **Resolution des Präsidiums der Christlich-sozialen Plattform "Nova EUropa" vom 16. Juni 2009:**

### ***Ein starkes Europa für eine gerechtere Welt und einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Lebensgrundlagen***

Die Beschlüsse der G20 geben zur begründeten Hoffnung Anlass, dass die Globalisierung der Ideologie des Neoliberalismus durch die Globalisierung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft abgelöst werden kann. Der dafür notwendige Aufbau eines neuen Weltfinanz- und Weltwährungssystems, wie von Staatspräsident Nicolas Sarkozy gefordert, wird Zeit benötigen und großer politischer Kraftanstrengung bedürfen.

Der EU kommt angesichts der drängenden globalen Herausforderungen und der Chancen durch eine geänderte Politik der USA umso mehr die Aufgabe zu, sich massiv für eine gerechtere Gestaltung der Rahmenbedingungen auf globaler Ebene einzusetzen und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Dabei haben folgende Punkte besondere Priorität:

- Durchsetzung weltweit gültiger Regeln und Kontrollen für die Finanzmärkte.
- Rasche Einführung einer weltweiten Abgabe auf Kapitaltransfers: Besonders hier sind auch die österreichische Bundesregierung und die neu gewählten Abgeordneten zum Europäischen Parlament gefordert, sich weiterhin nachdrücklich für rasche Initiativen der EU-Kommission auf Einführung einer – möglichst weltweiten – Abgabe auf Kapitaltransfers einzusetzen. In einem ersten Schritt könnte eine solche Abgabe in der EU eingeführt werden – auch – als ein Schritt zu einer stärkeren Eigenmittelfinanzierung der EU in der nächsten Finanzperiode sowie für die Finanzierung globaler Erfordernisse.
- Rasches und rigoroses Schließen aller Steuer- und Finanzoasen, und die Beendigung des Steuerwettbewerbs auch zwischen den EU-Staaten, der allen Ländern die Steuerbasis abgegraben und dazu geführt hat, dass sich Großvermögen und Spitzeneinkommen einer angemessenen Besteuerung entziehen konnten und Mittelstand und Konsumenten (Umsatzsteuer) den Großteil der Steuerlasten schultern mussten.
- Initiativen für die internationale Durchsetzung von wirksamen Vorkehrungen gegen destruktive Spekulationen auch in den Bereichen Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe.
- Start einer neuen WTO-Verhandlungsrunde zur Implementierung von Sozial- und Umweltstandards, gekoppelt mit einer partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit und einer ausreichend dotierten Kofinanzierung.
- Angesichts der – verglichen mit der dzt. Finanz- und Wirtschaftskrise ungleich größeren – Bedrohung durch die sich abzeichnende Klimakatastrophe sind konkrete und international umsetzbare Konzepte der EU für die Kyoto-Nachfolgekonferenz in Kopenhagen von höchster Priorität.
- Die längst anstehende europaweite Ökologisierung des Steuersystems darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Besteuerung von Energie, Ressourcen, Umweltverschmutzung und CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll dabei ökologisch unerwünschte Produktionsverfahren, umweltschädliche Produkte und unerwünschtes Konsumverhalten verteuern und die Entwicklung von energie- und rohstoffeffizienten sowie umweltschonenden Alternativen begünstigen. Im Gegenzug sollen andere indirekte Steuern, wie die allgemeine Umsatzsteuer, reduziert werden.  
Bis zur Implementierung internationaler Sozial- und Umweltstandards sind diesfalls zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie Ausgleichsabgaben für Umweltdumping unerlässlich.

Die Union hat eine Schutzfunktion im Interesse der Gemeinschaft und ihrer Bürger wahrzunehmen und muss ihre Verhandlungsmacht auf globaler Ebene einsetzen.

Wenn die Menschen spüren, dass sich das EU-Parlament, die Regierungen der Mitgliedsstaaten sowie die EU-Kommission mit Nachdruck und Erfolg für gerechtere Bedingungen auf europäischer und globaler Ebene einsetzt, wird ein gemeinsames Europa auch in den Herzen wieder stärker verankert sein.

Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, unser Land international so zu positionieren, dass es sich an vorderer Front für faire und korrekte Bedingungen im Bereich der Besteuerung und der Finanzmärkte engagieren kann. Wie in den meisten EU-Staaten selbstverständlich, sollte daher auch Österreich den automatischen Datenaustausch einführen. Von dieser glaubwürdigen Position aus kann und soll die Republik Österreich vehement für eine international akkordierte Austrocknung aller Steuer- und Finanzoasen eintreten.

*Für das Präsidium:  
DDr. Friedrich König  
Vorsitzender*